

Volkszeitung

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens.

Nr. 345. Die „Lodzer Volkszeitung“ erscheint täglich morgens. An den Sonntagen wird die reichhaltig illustrierte Beilage „Volk und Zeit“ beigegeben...

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Lodz, Bettrikauer 109. Telephon 136-90. Postcheckkonto 63.508...

Anzeigenpreise: Die siebengefaltene Millimeterzeile 15 Groschen, im Text die dreigeftaltene Millimeterzeile 60 Groschen. Stellengefuche 50 Prozent, Stellenangebote 25 Prozent Rabatt...

Die gemeinsame Konferenz.

Zur Lösung der Regierungskrise. — Morgen Vollziehung des Sejm.

Die vor einigen Tagen angekündigte Konferenz des Staatspräsidenten mit den Führern der Sejmgruppen findet heute um 11 Uhr vormittags im Schlosse statt.

Gestern vormittag wurde den Führern der Sejmparteien, die schon in der vergangenen Woche Besprechungen mit dem Staatspräsidenten hatten, die diesbezüglichen Einladungen zugestellt. Es wurden eingeladen: Abg. Nybarski, Präses des Nationalen Klubs; Abg. Chacinski, Präses des Chaderja-Klubs; Abg. Dembski, Mitglied des Piast-Klubs; Abg. Chondzynski, Präses des P.P.S.-Klubs; Abg. Aug von der „Wyzwolenie“; Jan Dombiski, Vorsitzender des Bauernklubs; Abg. Niedzialowski, Vorsitzender des P.P.S.-Klubs; Abg. Oberst Slawek vom Regierungsblok; Abg. Smulitowski, Vorsitzender der „revolutionären“ Fraktion und Abg. Kosmarin, als Vertreter eines Splitters des jüdischen Klubs.

Das Gerücht, wonach an der geplanten Konferenz auch Vertreter der Wirtschaft teilnehmen sollten, bestätigt sich

nicht. Inwieweit Vertreter der Wirtschaft zur Konferenz herangezogen werden, dürfte sich erst heute herausstellen.

Die morgige Sejmführung.

Sejmmarschall Daszynski hat für morgen, Mittwoch, den 18. Dezember, 12 Uhr mittags, den Sejm zu einer Vollziehung einberufen. Die Tagesordnung umfasst: 1. Die erste Lesung der Vorlage über die Verlängerung der Zahltermine zur Entrichtung der Immobiliensteuer; 2. Anträge auf Abänderung der Geschäftsordnung des Sejms; 3. der Dringlichkeitsantrag des Regierungsbloks auf Wahl einer Sonderkommission zur Untersuchung der Ereignisse im Sejm am 31. Oktober.

Von besonders weittragender praktischer Bedeutung wird der Beschluß des Sejms über die Frage sein, ob die Ausschüßberatungen des Sejms während der Dauer der Regierungskrise abgehalten werden können oder nicht

Die Sejmwahlen im Sandomierzer Wahlbezirk ungültig erklärt.

Wie bekannt, ist der Oberste Gerichtshof zurzeit mit der Prüfung einer ganzen Reihe von Wahlbeanstandungsanträgen beschäftigt. Bisher sind alle diese Anträge abgewiesen worden. Gestern gelangte ein Antrag auf Beanstandung des Wahlvorgangs im 22. Wahlbezirk Sandomierz zur Verhandlung, auf den fünf Mandate entfallen, die an folgende Listen gelangt sind: „Wyzwolenie“ 2 Mandate, P.P.S. 2 Mandate, Bauernpartei 1 Mandat. Die Sanacja-Liste ist ganz leer ausgegangen. Der Gerichtshof erklärte die Wahl für ungültig und ordnete die Ausschreibung neuer Wahlen im besagten Kreise an. Nach dieser Entscheidung verlieren ihre Mandate: Abg. Drobosz von der Bauernpartei, Abg. Krul, „Wyzwolenie“, Abg. Smola, „Wyzwolenie“, Abg. Lopacki von der P.P.S., Abg. Wlosinski von der P.P.S.

Es ist dies der erste Fall, daß die Wahlen eines ganzen Wahlbezirks für ungültig erklärt und Neuwahlen angeordnet worden sind.

Ueberfall auf den sozialistischen Abgeordneten Pragier.

Eine neue Schandtat der „Frakas“.

Am Sonntag begab sich der Abg. Pragier nach Pruszkow, um dort eine Versammlung abzuhalten. Auf der Straße wurde er plötzlich von einer Bande überfallen, die ihm mit Stöcken und Revolverkolben schwere Verletzungen beibrachte. Nur mit großer Mühe gelang es dem Ueberfallenen sich den Angreifern zu entwinden. Mit Hilfe einiger Genossen wurden die Wunden verbunden und der Abgeordnete nach Warschau gebracht.

Wie der „Robotnik“ mitteilt, soll der Ueberfall von der „Bojowka“ der B.B.S. (jogen. revol. Fraktion der P.P.S.) verübt worden sein. Zu diesem Zweck wurden etwa 70 Leute aus Warschau und Zyrardow nach Pruszkow gebracht. Anführer der Bande war ein gewisser Blochocki, heute Mitglied der B.B.S.

Die Kampfmethoden dieser „Regierungssozialisten“ von der B.B.S. müssen von der Arbeiterklasse aufs schärfste verurteilt werden. Es zeigt sich immer mehr, daß die B.B.S.-Leute Handlanger der Faschisten werden, daß sie die Ueberfälle auf Arbeiterabgeordnete und die Sprengung von Arbeiterversammlungen als ihre wichtigste Aufgabe betrachten.

Die orthodoxen Juden gegen Abg. Grünbaum.

Bekanntlich sind die orthodoxen Juden regierungsfreundlich eingestellt. Sie haben es daher dem Führer der Zionisten, Abg. Grünbaum, sehr übel genommen, daß er bei Behandlung des Mißtrauensvotums im Sejm in einer sehr scharf gehaltenen Rede gegen die Regierung Stellung genommen hat. In dieser Sache wurde sogar am Sonntag eine große Versammlung in Warschau einberufen, in der Abg. Grünbaum von den orthodoxen Rednern heftig angegriffen wurde. Nach der Versammlung begab sich eine zahlreiche Gruppe von Orthodoxen nach dem Tomackie-Platz, um vor der Wohnung des Abg. Grünbaum zu demonstrieren. Andererseits eilte eine zahlreiche Schar von Zionisten ihrem Führer zu Hilfe. Um es nicht zu Prügeleien kommen zu lassen, wurde die Menge von der Polizei zerstreut.

Das Zentralkomitee der kommunistischen Partei in der Ukraine aufgehoben.

Wie aus Luek gemeldet wird, haben die wolkhynischen Polizeibehörden das Zentralkomitee der kommunistischen Partei in der Ukraine aufgehoben. Es wurden sechs Kommunistenführer, darunter der Bruder des Sejmabgeordneten Machjul, verhaftet. Die Angelegenheit wurde bereits dem Bezirksgericht in Luek übergeben.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen ins Stocken geraten.

Die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen sind in den letzten Tagen wiederum ins Stocken geraten. Die Hauptschwierigkeit besteht darin, daß Polen die Zulassung des eotl. von den deutschen Fleischverwertungsfabriken nicht abgenommenen vollen Schweinefleischkontingents auf den freien Markt verlangt. Von deutscher Seite wird demgegenüber auf veterinär-polizeiliche Bestimmungen verwiesen.

In fast allen anderen Fragen ist, wie wir hören, eine Uebereinstimmung erzielt, doch legt Polen auf die Regelung dieser Fragen so großen Wert, daß, falls diese Fragen nicht zugunsten Polens gelöst würden, der Abschluß eines Vertrages überhaupt in Frage gestellt wäre.

Der deutsche Gesandte in Warschau, Raucher, weilt seit einigen Tagen wieder in Berlin, um über die Verhandlungen Bericht zu erstatten und sich Direktiven für die Fortführung derselben zu holen. Mit Raucher ist die ganze deutsche Delegation von Warschau abgereist.

Der politische Sumpf.

Seit Monaten versuchen die Sanatoren die polnischen Bürger davon zu überzeugen, daß in Polen nur eine einzige Regierung möglich sei, eine Regierung des Marschalls. Sie weisen nach, daß im Sejm nicht ein einziger Klub vorhanden ist, der über eine Mehrheit, die zur Bildung einer Regierung notwendig sei, verfügt. Auch die Zusammenfassung mehrerer Sejmparteien von verwandter Ideologie kann eine solche Mehrheit nicht zustande bringen. Die Bildung einer Mehrheit von Links- und Rechtsparteien wäre aber ein Unding, da sie bei den geringsten Anlässen zusammenbrechen müßte, also keine arbeitsfähige Regierung stellen könnte. Darum erklären sie, daß nur eine Regierung, die nicht auf eine Mehrheit des Sejms angewiesen sei, von Dauer sein kann und nur eine solche Regierung in der Lage wäre, den Staat zu leiten.

In der Tschechoslowakei wurde 6 Wochen lang um die Bildung einer Regierung gerungen. Die Regierung kam zustande durch Einbeziehung von Minderheitenparteien, vor allem der Deutschen. In Polen scheint an die Möglichkeit der Einbeziehung der nationalen Minderheiten in eine Regierung kein Mensch zu denken. Ein solcher Schritt würde bei uns nicht nur in nationalistischen Kreisen als ein Verrat betrachtet werden. Das ist für Polen von heute, welches sich seiner Toleranz rühmt und von faktischer Gleichberechtigung der Bürger nicht genug sprechen kann, bezeichnend. Doch das nur nebenbei. Es werden auch für Polen andere Zeiten kommen — andere Zeiten, andere Vögel, andere Lieder — wie das Lied des Dichters lautet.

Also wir hätten nach der Sanacja nicht die Möglichkeit einer parlamentarischen Regierung, obwohl die Regierungspartei über mehr als ein Viertel aller Sejmstimme verfügt. Sonderbar, daß die Regierung nicht instande war, zu dieser großen Partei auf dem Wege irgendwelcher Vereinbarungen, noch so viel an zeitweiliger oder ständiger Anhängererschaft zu gewinnen, um eine Mehrheit im Sejm zu erlangen.

Eine sonderbare Regierung und eine ebenso sonderbare Regierungspartei. Der gefallene Ministerpräsident sagte kürzlich, daß es in den regierungsfeindlichen Sejmparteien auch noch Männer gäbe, die es gut und ehrlich meinten, jedoch aus purer Disziplin nicht wagen, gegen ihre Partei aufzutreten und sich der Regierung anzuschließen. Wir meinen, daß wenn es Leute gibt, die nur aus dem Gefühl der Disziplin anders handeln, als sie denken, sie keineswegs als ehrliche und gutmeinende betrachtet werden können. Wir meinen, daß wenn es in der Regierungspartei Leute gibt, die dem Befehl des „alten Herrn“ nicht zuwider handeln, trotz ihrer anderen Ansichten, diese ebenso wenig Achtung verdienen. Also lassen wir von diesen Dingen und betrachten wir die Lage der Parteien, wie sie gegenwärtig liegt. Eine jede der größeren polnischen Sejmparteien hat eine reiche Vergangenheit, besitzt ein klares Programm, besitzt Traditionen. Solche Dinge werden nicht von Tag zu Tag geboren, sondern sind verankert in der Geschichte des Volkes, des Landes. Die überaus reiche Geschichte der polnischen Sozialisten ist hinlänglich bekannt. Aber auch andere Parteien, wie die Nationaldemokratie, Christlichen Demokraten und Bauernparteien haben ihre Geschichte. Die Minderheitsparteien sind in ihrem Volkstum stark verwachsen, also es sind das Parteien, die mit der Entwicklung, mit der Geschichte des Landes verquidelt sind. Sie haben bestimmte materielle Lösungen, klar umrissene Kulturforderungen, sie haben ihre Ziele, die so oder anders von einem Teile der Gesellschaft hochgehalten werden.

Polen ist aber noch lange nicht ein Land der völligen politischen Klärung. Man braucht nur die Ziffern der verschiedenen Wahlgänge zu betrachten, um festzustellen, daß ein beträchtlicher Teil der polnischen Bevölkerung politisch hin und her geworfen wird. Wenn man nicht auf dem Standpunkt der allein seligmachenden Politik des alten Herrn steht, sondern der Meinung ist, daß die politische Reife eines jeden Bürgers ein erstrebenswertes Ziel sei, so wird man die polnische Sanacja als den neuesten polnischen Kuddelmuddel mit Recht bezeichnen können und seine größte schädliche Tätigkeit darin sehen, daß er den politischen Reifeprozess in Polen für eine Zeitlang hingehalten hat.

Und das kam so: Gewisse Leute fühlten sich um die













